



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Südwestdeutsche Bedenken.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

gebreiteterer Bildung solche Greuel unmöglich macht, so führe ich doch zum Schluß noch ein, wie es scheint, wenig gekanntes Schriftchen vom Jahr 1846 an „Anklagen der Juden in Rußland wegen Kindermords, Gebrauchs von Christenblut und Gotteslästerung“, woraus wir erfahren, daß auch noch in diesem Jahrhundert in Rußland Proceße gegen Juden, denen der Mord von Christenkindern, der Raub und die Entweihung von Hostien und Meßgewändern Schuld gegeben wird, nicht zu den Seltenheiten gehören. Obgleich ein kaiserlicher Ukas vom Jahr 1817 verbietet, solchen Anklagen der Juden wegen Gebrauchs von Christenblut Gehör zu schenken, begann im Jahr 1823 ein derartiger Proceß gegen dreiundvierzig Juden zu Welisch im Gouvernement Witebsk wegen eines ermordeten Christenknaben, dem alles Blut abgezapft sei; er wurde zwölf Jahre hindurch in den verschiedensten Instanzen geführt und endete erst im Jahr 1835 mit der gänzlichen, vom Kaiser bestätigten Freisprechung wegen Mangel alles Beweises. St.

### Südwestdeutsche Bedenken.

Der zweifelhafte Congreß über die italienische Frage hat jedenfalls nicht bloß diplomatische Vortheile für die Klarstellung der Streitobjecte, sondern auch für die Verständigung über die Mißverständnisse zwischen zusammengehörigen Nationalinteressen. So viel Zeit läßt er uns jedoch nicht übrig, um sentimentale Klagen darüber zu erneuen, daß es bei der ersten Gelegenheit, da es gemeinsames Beschließen und einheitliches Handeln gilt, zwischen den Deutschen abermals erst der Verständigung bedarf, daß, während wir im Was zusammenstimmen, das Wie einen beinah spaltenden Hader heraufbeschwor. Man muß die Dinge eben nüchtern nehmen, wie sie sind, nicht wie sie sein könnten und sollten. Wir haben kein Gesamtorgan zu stetiger gegenseitiger Vertretung des deutschen Nordens, Südens, Ostens und Westens. Dies weder in der Presse, noch in der politischen Organisation. Am erstern Mangel ist das Publicum selbst Schuld. Denn wer nur einigermaßen versitt ist in der Tagespresse, der weiß auch, daß in den alltäglichen Zeiten stillen Dahinlebens die nord- und mitteldeutschen Zeitungen den deutschen Südwesten nicht bloß als solchen, sondern selbst als Baiern, Württemberg, Baden u. s. w., bloß höchst gelegentlich und beiläufig abthun, während die südwestdeutsche Presse ihrerseits bloß die Hauptorte Mittel- und Norddeutschlands, jedoch nicht

als solche, sondern als specifisch preussische, sächsische, hannoversche 2c. Hauptpunkte im Auge hält. Das Publicum beider Hälften des Vaterlandes gegenseitig auf dem Laufenden ihres ganzen Lebens zu erhalten, versäumt man hier wie dort; ja der gesammte Südwesten und Süden Deutschlands besitzt nicht einmal ein Organ, welches sich der Aufgabe vorwiegend widmet, die politischen und socialen Lebensvorgänge in Deutschland parteilos aus culturhistorischem Standpunkte mit seinen Beobachtungen, Betrachtungen und Erläuterungen zu begleiten. Dieser Mangel einer ständigen gegenseitigen Verständigung durch die Presse wird sich vielleicht heben, weil das Bedürfnis danach allmählig auch in solchen Kreisen erwacht, welche der Politik fernstehn; praktische Anfänge dazu macht man ja auch schon längere Zeit auf volkswirthschaftlichem Gebiet.

Dagegen kann sich gewiß kein nüchterner Politiker der schmerzlichen Ueberzeugung verschließen, daß von einer lebendigen Nationalvertretung ganz Deutschlands, selbst bloß Bundesdeutschlands, unsere Gegenwart ferner steht, als das ganze Menschenalter seit Erschaffung des Bundestags. Die Nothwendigkeit einer Bundesreform stellt freilich keine officielle Politik der Bundesstaaten mehr in principieller Abrede; aber mit jedem Jahr mehr erstarkt die wunderbare Uebereinstimmung ihrer Leiter in der Versicherung, „der geeignete Moment“ sei dafür noch nicht vorhanden. Ueberdies haben noch vor zwei Jahren Preußen und Oestreich feierlich erklärt, daß sie niemals auf eine „Bundesreform mit parlamentarischer Grundlage“ eingehen würden. Trotz der Veränderungen, welche unterdessen in Preußen vorgegangen sind, ist auch heute keineswegs anzunehmen, daß man dort einer solchen Umgestaltung des deutschen Centralorgans viel günstiger als damals gesinnt ist. An Oestreich ist natürlich gar nicht zu denken, so lange es in seinem Innern keine ständischen Institutionen besitzt. Wahrhaft komisch nimmt sich also die praktische Fähigkeit derjenigen gutmeinenden Politiker aus, welche allen Ernstes den Vorschlag machen, jetzt grade den „kühnen Griff“ einer solchen Reform zu thun, da so ziemlich überall die Kanonen vorgefahren sind, um die erste Salve eines Krieges erdröhnen zu lassen, von dem wir kaum recht wissen, wo und warum er beginnt, noch weniger wann und wie er endet, sondern nur, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach ein Weltkrieg wird.

So lange nun diese Mängel einer stetigen und consequenten gegenseitigen Vertretung zwischen den geographisch geschiedenen Gauen unseres Gesamtvaterlandes fortbestehen, werden wir bei außerordentlichen Zeitumständen stets von neuem auf die Gegensätze der Meinungen über die nächste nationale Nothwendigkeit stoßen. Der Beginn der nothwendigen Gemeinsamkeit wird stets ein Hader scheinen, aber immerhin mehr scheinen, als sein. Denn jede Hälfte des Vaterlandes (von eigentlichen Parteien kann man nicht reden)

spricht und fordert das Mithandeln der andern aus denjenigen Verhältnissen heraus, welche sich seit der letzten gegenseitigen Begegnung bei ihr wieder eingelebt haben. Der Eine hört den Andern nicht an, bis er seine Ansichten, Ueberzeugungen, Vorschläge ganz ausgesprochen, sondern fällt ihm vorzeitig ins Wort, als ließe er selbst Gefahr, das Wort zu verlieren. Dies gibt der Meinungsverschiedenheit den gereizten Charakter.

So war es auch im Anfang der heutigen Verwicklungen. Preußen sprach aus hoffnungsvollem Aufschwung seiner innern Zustände heraus, der deutsche Südwesten nicht. Preußen stand in lebhafter Bewegung des politischen und socialen Lebens, der deutsche Südwesten sah in einem Krieg, in welchen Deutschland erst nach einer gegebenen Zeit und unter gewissen Umständen eintreten sollte, nur eine Periode, während welcher auch die einzige rechte Frische seiner Lebensbewegungen, nämlich auf dem materiellen Gebiet, verdorrt sein würde. Preußen endlich faßte seine Ueberzeugungen auf der Grundlage eines Großstaates und ohne tägliche, stündliche Berührung mit dem westlichen Nachbar, der Südwesten in der vom täglichen Verkehr bedingten Gereiztheit, mit dem Bewußtsein eines auf kleinen, ungeschliffenen, überrücktsvollen Staatskörpern ruhenden Daseins. Sollte diese Verschiedenheit der Standpunkte ohne Einfluß auf die Gemüthsruhe bleiben, welche man einer unergründlichen Kriegspolitik gegenüberstellt? So hatte man wol recht, wenn man dem Südwesten vorwarf, er übertreibe die Besorgniß vor Deutschlands unmittelbarer Gefährdung durch Frankreichs Politik und schieße mit seinem Verlangen nach einer gewissermaßen initiativen Abwehdrohung über das Ziel des Zweckmäßigen hinaus. Allein ebenso unrecht, als verlegend war sofort im ersten Moment die Art dieser Belehrung, welche das Besserwissen der „thatächlichen Verhältnisse“ wie eine norddeutsche Domäne ansah und den süddeutschen Patriotismus von vornherein behandelte, als sei er die gefälschte Driflamme einer für absolut österreichische Interessen agitirenden Partei. Wer unter und mit den Süddeutschen lebte und seine Beobachtungen nicht bloß aus der höchst unvollkommenen Vertretung des öffentlichen Geistes durch die nur in sehr einzelnen Organen selbstständige Presse schöpfte, der kann und konnte nicht anders sagen, als daß der süddeutsche Patriotismus echt, tüchtig, ohne Makel, besonders auch ohne mißgünstige Nebengedanken gegen Preußen und die norddeutschen Interessen sich kundgibt. Wenn er nach den officiellen Aeußerungen in mehren Kammern ein wesentliches Gewicht auf das Zusammengehen mit Oestreich legt, so verkennt jene gewisse norddeutsche Gereiztheit seine Lauterkeit, welche darin bereits eine Gegnerschaft gegen Preußen erblickt. Es ist derselbe Fehler, welchen ehemals die Mantuffelsche Politik activ verfolgte, indem sie jede moralische oder materielle Beeinträchtigung Oestreichs einem Machtgewinn Preußens gleich erachtete.

Oestreich war nun zunächst von der Kriegsdrohung betroffen, von welcher im ersten Moment des Alarms niemand mit Bestimmtheit sagen konnte, ob sie bloß dessen italienische Beziehungen berühren solle, oder ob nicht wenigstens sofort jener Winkel Deutschlands in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen werde, in welchem es mit Oestreich und der Schweiz zusammengrenzt. Seit Jahren aber waren die zarten Rücksichten der südwestdeutschen Grenzstaaten gegen den Imperialismus nur gewachsen, und die Besorgniß des Publicums, daß jetzt aus lauter Rücksicht nicht an jeder Stelle die volle Pflicht gethan werde, um der gemeinsamen Bedrohung des Vaterlandes energisch zu begegnen, oder wenigstens nicht rechtzeitig, war nicht ohne innere Berechtigung. Dazu haben die einflußreichen Beziehungen Rußlands, welches der Süddeutsche seit der Stuttgarter Kaiserconferenz nur als festen Alliirten des Napoleonismus denkt, gleichzeitig seit dem Ende des orientalischen Krieges immer festeren Fuß im Südwesten gefaßt. Dann endlich war dem Süddeutschen von vornherein die künstlich aufgewirbelte Verwicklung gar keine österreichisch-italienische, sondern weit unmittelbarer eine französisch-rheinländische Frage.

Demn darauf, daß das linke Rheinland das eigentliche Ziel Napoleonischer Politik, hat die öffentliche Meinung des deutschen Südwestens nicht etwa erst seit der ominösen Neujahrsfloskel des Kaisers seine Ueberzeugungen, sondern seit Jahren fast schon sein Leben gerichtet. In diesem gewissermaßen instinctiven Bewußtsein beruhete weit mehr als in den genugsam durchgeredeten sonstigen Gründen jener noch heute unbeschwichtigte Widerwille gegen die fehler Rheinbrücke und gegen Rheinbrücken überhaupt, wie gegen die von Frankreich so eifrig betriebenen Schutzverträge für Literatur-, Bilder-, Fabrikstempel-Eigenthum. In diesem Gefühl haben sich hunderte von jenen tausend und aber-tausend täglichen und persönlichen Beziehungen über die politische Grenze herüber und hinüber allmählig gelockert oder verloren, welche letztere vor dem neunapoleonischen Regiment bis zur Unerkennbarkeit ihrer Linie überflochten. In diesem Bewußtsein ist jene frühere, fast bedenkliche Sympathie für Frankreich wirklich abgestorben und in ihr Gegentheil umgeschlagen, welche namentlich der linksrheinischen Pfalz und Mainz noch vor verhältnißmäßig wenigen Jahren mit Recht zum nationalen Vorwurf gemacht wurde.

Wenn aber das südwestdeutsche Drängen nach einer sofortigen demonstrativen Abwehrstellung Deutschlands an manchen Stellen den Anschein gewann, als sei es gewissermaßen aus Mißstimmung gegen Preußen hervorgegangen — so muß man nicht bloß den Moment ins Auge fassen, unter dem die nationale höchste Gefahr über uns hereinzubrechen drohte, sondern auch, was unmittelbar voranging. Die Regierungsveränderung in Preußen war im ganzen Südwesten mit der freudigen Zuversicht bewillkommt worden, daß sie die Frage der nationalen Reform sofort auf die Tagesordnung setzen

werde, namentlich aber, daß schon ihr bloßer Eintritt jene mittelstaatliche Politik zu einiger Mäßigung zurückführen werde, welche bis dahin die verfassungsfeindlichen Principe und die polizeiselige Praxis des größten Bundesstaates so eifrig zur Norm genommen hatte. Die langgedrückte Ungeduld erwartete allerdings diese Consequenzen zu rasch; auch mochte man vielleicht in Preußen selbst beim Uebergang in das neue System nicht erwartet haben, so schweren Hemmnissen zu begegnen, so lange noch mit Aufräumung übler Erbschaften im Ganzen, wie im Detail zu schaffen zu haben, ehe man entschiedenen Griffes an die Entwicklung eines gesunden Staatslebens aus dem kranken herantreten könnte. In Preußen führte diese ernüchternde Erkenntniß zu dem praktisch sicherlich richtigen Entschluß der patriotischen Parteien, jedes Drängen der Regierung zu vermeiden. In Südwestdeutschland aber wuchs der alte Argwohn, daß ein in sich befriedigtes Preußen seine Beachtung von der nationalen Frage nunmehr wegwerde, daß Preußen sich auf sich zurückziehe, nachdem jene Maximen obsolet geworden, welche grade die letzten Momente ihrer Herrschaft mit einer „zukunftspolitischen“ Literatur bezeichnet hatten, die über „Preußens süddeutsches Einflußgebiet“ verfügte, wie über Lehnstaaten der Tungusen und Tartaren. Der beste Eindruck des Westphalenschen Systems war eine eroberungslustige Drohung gewesen, welche verheißen hatte, wenn Deutschland in preußischem Besitz sei, werde Preußen national werden; der erste Eindruck der neuen Politik war, daß Preußen es dem übrigen Deutschland überlasse, den moralischen Impulsen des neuen preußischen Lebens zu folgen. Aber dazu gehörten andere Voraussetzungen, als sie der deutsche Südwesten bot. Während der ganzen neunjährigen Herrschaft des Manteuffel-Westphalenschen Systems waren alle etwaige constitutionelle oder nationale Anregungen der südwestdeutschen Kammern grade von Berlin aus entweder mit der Revolution identificirt oder mit spottender Lächerlichmachung behandelt worden; wir erinnern beispielsweise an die parlamentarischen Mahnungen zur Bundesreform nach dem orientalischen Krieg in Württemberg, Baiern, Baden, Hessen, Nassau. Von Seite der einheimischen Regierungen war solchen Aeußerungen stets Vertagung oder Auflösung gefolgt. Jetzt war, außer der bayerischen, keine Landesvertretung versammelt und also momentan nicht einmal die Möglichkeit gegeben, mit Anlehnung an das preußische Beispiel einen ehrlichen Constitutionalismus zu fordern. In Baiern aber herrschten Zustände, welche denn doch selbst im Südwesten kaum ihres Gleichen fanden. Trotzdem war von einem moralischen Einfluß der nunmehrigen preußischen Principe auf die mittel- und kleinstaatliche Regierungspraxis weder hier noch sonst im deutschen Südwesten etwas zu verspüren. Ja die officielle und subvenirte Presse aller Einzelstaaten schien absichtlich darauf bedacht, das nationale Element des preußischen Umschwunges, das Hervortreten des ehrlichen Rechtsstaates in den Hintergrund zu drängen,

wenn sie nicht gar Gefahren für Ruhe und Ordnung aus dem neuen preußischen Leben deducirte. Dazu kam ein Umstand, welcher, wenn auch nicht grade wesentlich, so doch nicht ganz ohne Einfluß darauf blieb, daß vom größern Publicum im Südwesten die innern Entwicklungen Preußens geringer geglaubt wurden, als sie sind. Unter dem abgetretenen preußischen Regiment war man es nämlich gewohnt worden, jede preußische Regierungsmaßregel in dem über den ganzen Südwesten ausgespannenen System des frankfurter Filiales des berliner Centralpresbureaus als eine nationale That oder mindestens als nationales Ereigniß verherrlicht zu finden. Jetzt schwieg dieses Orchester selbst bei den folgereichsten Vorgängen, während man doch seine Persönlichkeiten noch in Function sah. Daraus wurde gefolgert, daß die Vorgänge in Preußen eben auch bloß von specifisch preußischem Interesse sein könnten oder gar sein sollten. So wirkte auch hier noch der Fluch jener systematischen Fälschung der öffentlichen Meinung nach, welche seit Jahren, anstatt die Verständigung zwischen dem Norden und Süden zu pflegen, jenen über sein moralisches Einflußgebiet getäuscht und diesen fortwährend in einer gewissen Vereiztheit gegen den Norden erhalten hatte.

Trotz alledem und alledem fühlte sich im Moment der Gefahr die materielle Sicherheit des Südwestens vom Einstehen des Nordens für die nationale Sache bedingt. Daß Oestreich unter den gewordenen Verhältnissen nicht daran denken könne, der Vertheidigung des deutschen Südwestens einen materiellen Nachdruck zu geben, sagte sich jeder. Die eignen kleinern und mittlern Regierungen erfand man dagegen nicht bloß im ersten Moment der herandrohenden Gefahr flau in der Vorbereitung der Vertheidigungsmittel, sondern selbst noch später fast ängstlich bemüht, die von der öffentlichen Meinung abgedrungenen Vorbereitungen abzuleugnen. Von einem gegenseitigen Ineinandergreifen der in Bewegung gesetzten Maßregeln schien vollends keine Rede. Bloß Baiern rüstete fast ostentiv grade von dem Tage an, da H. v. d. Pfordten dem Landtag erklärt hatte, an Preußens Widerspruch sei selbst die höchst inoffensive Maßregel eines Pferdeausfuhrverbotes gescheitert. Was sollte das heißen? Die nationale Politik dieses Staatsmannes besaß am allerwenigsten das öffentliche Vertrauen des deutschen Südwestens. Im Gegentheil; diese auffälligen Rüstungen, zusammengehalten mit der damals ventilirten Idee, den Streit um das römische Besatzungsrecht Oestreichs und Frankreichs gegenstandslos zu machen durch die Besetzung des römischen Gebiets mit Truppen einer neutralen Macht, weckte den Argwohn, daß Baiern in den jetzigen Verhältnissen abermals eine der oft verfehlten Gelegenheiten sehen wolle, sich gewissermaßen in die pentarchische Politik einzudrängen und dadurch seiner natürlichen, coordinirten Stellung in der nationalen Gemeinsamkeit enthoben zu sein. Dabei schienen aber seine Rundgebungen — und es waren die ein-

zigen, welche man von officieller Seite empfing — fast unzweifelhaft anzudeuten, daß Preußen eine nationale Gefahr noch gar nicht anerkenne, jedenfalls seine deutschen Bundesgenossen ohne Aufklärung über seine Stellung zu der deutschen Sphäre der europäischen Frage gelassen habe. Welche Uebel die Theorie der freien Hand und der Nondummeridiespolitik bei den bisherigen europäischen Verwicklungen über Deutschland und namentlich für das nationale Bewußtsein gebracht, war noch in zu frischer Erinnerung, um nicht abermals bedrohlich vor dem geistigen Blick des Patriotismus aufzutauhen, welcher, wir wiederholen es, in der Aufwirbelung des italienischen Tumults bloß eine Diversion sah, um Oestreichs Waffenkraft an einem entfernten Punkte zu beschäftigen, während das eigentliche Ziel der Napoleonischen Expansionspläne das linke Rheinufer blieb. Wie weit der Südwesten darin Recht hatte und hat — denn endgiltig ist es ja wahrlich auch heute noch nicht entschieden — kann hier nicht in Frage kommen. In seinem Bewußtsein aber hatte er jedenfalls vollkommen recht, wenn er forderte, daß Preußen aufs entschiedenste gegen jede Bedrohung Deutschlands eintrete. Diese Forderung wurde lärmend geltend gemacht, lärmender vielleicht, als es geschehen wäre, wenn Preußen vielleicht einige Wochen früher in Bezug auf die nationale Sphäre der europäischen Frage dieselben Erklärungen abgegeben hätte, mit denen es den 9. März bezeichnete. Denn gezweifelt am echtdeutschen Sinn von Preußens jetziger Staatsleitung hatte niemand, aber daran hatte man gezweifelt, ob dieselbe vollkommen ehrlich unterrichtet sei von den thatsächlichen Verhältnissen an Deutschlands Westgrenzen und vom südwestdeutschen Geiste. Denn daran ließen die berliner Aeußerungen in der Presse am meisten zweifeln.

Man schien dort nämlich zu glauben, oder affectirte den Glauben, als wolle der deutsche Südwesten eine initiative Aggression des deutschen Bundes gegen Frankreich, um dieses zu hindern, Oestreich in Italien anzugreifen oder durch Sardinien angreifen zu lassen. Man sagte selbst rund heraus, der deutsche Südwesten wolle den Krieg vom Po an den Rhein verlegen. Außer in ein paar ultramontanen Parteiblättern, welche um so lauter schreien, je mehr sie sich der moralischen Ohnmacht und politischen Unwahrhaftigkeit ihrer Partei bewußt sind, vermag man jedoch die Aufforderung, den Napoleonischen Plänen das Prävenire zu spielen und heißspornig Deutschland für Oestreichs hegemonistische Interessen in Italien einzusetzen, in keinem süddeutschen Organ nachzuweisen. Und selbst die Ultramontanen rückten bloß verblümt und versuchsweise mit dieser Idee hervor, indem sie Oestreich nannten und Rom meinten. Denn an Oestreich in Italien ist ihnen offenbar sehr wenig gelegen, wol dagegen sehr viel daran, daß die römische staatliche Wirthschaft nicht etwa unsanft berührt werde, wohin die italienische Frage im Beginn ihrer jetzigen Phase allerdings stark genug neigte. Wäre es ihnen nun gelungen,

den Krieg vom Po an den Rhein zu lenken, so daß der Bund sofort genöthigt gewesen wäre, gewissermaßen als Oestreichs Vortrab oder Lehnsmann den Kampf mit Frankreich zu engagiren, dann hätte die Partei, welche sich in ihrer östreichischen Herrschaft noch keineswegs nach Wunsch gefestigt fühlt, auf dieses ihr Verdienst um Abwendung des Krieges vom Kaiserstaat allerdings manchen weiteren Machtanspruch stützen können.

Allein grade den Verkehr mit dieser Partei ist man leider im deutschen Südwesten gewohnter, als im Norden. Selbst wo sie sich der allgemeinen öffentlichen Stimmung anzuschließen scheint, verhandelt diese mit ihr, so zu sagen, mit gespannter Pistole. Ein aggressives Vorgehen Deutschlands gegen Frankreich, weil dieses Oestreichs Separatverträge mit Mittelitalien einer europäischen Revision unterziehen will, ist dem Südwesten niemals in den Sinn gekommen; er forderte nur eine feste Defensivstellung an der Rheingrenze, weil ihm die italienische Fragstellung eben bloß als ablenkende Diversion zur Verhüllung der Plane gegen das Rheinufer, ein bloßer Scheinbeginn des eigentlichen Anfanges erschien. Und weil für solche vorsorgliche Defensiv in dem südwestdeutschen Staatencomplex kein genügender Kern gegeben sein kann, weil Preußen nur als deutsche Großmacht den materiellen und moralischen Nachdruck einer solchen Vorsorge Deutschlands zu geben vermag — daher dieses Drängen nach Bundesbewaffnung, daher diese grossenden Vorwürfe gegen Preußens Zurückhaltung, gegen seine hemmenden Einflüsse, die es selbst der einst (im orientalischen Krieg) mit der Neutralität vereinbarten Kriegsbereitschaft des Bundes entgegenstellte.

Unterdessen ist die Congressidee aus der vermittelnden Thätigkeit Englands, Rußlands und Preußens hervorgegangen. Kommt der Congress zu Stande, so ist voraussichtlich die kriegerische Explosion, wenigstens auf Monate vertagt; andernfalls freilich wol kaum noch wenige Wochen. Der erstere Fall, welcher den Verhandlungen und Vereinbarungen über Deutschlands Haltung günstiger sein mag, steigert im deutschen Südwesten zwei Uebel, von denen das deutsche Hinterland weit geringeren Maaßes getroffen wird: die allgemeine Geschäftslosigkeit und die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen, welche unseren eigenen Regierungen, resp. dem Bund die Vorsorge nach dieser Richtung erschwert und vertheuert. Dies ist bereits jetzt so positiv und statistisch bei Tuchbestellungen, Pulverlieferungen, den Pferdefutterpreisen zc. nachgewiesen, daß man hier nicht weiter darauf einzugehen braucht. Dem Pferdeausfuhrverbot wurde die demonstrative Spitze dadurch abgebrochen, daß man es vom Zollverein ausgehen ließ. Anträge ähnlicher Art von Seite der Zollvereinstaaten hat Preußen neuerdings abgewiesen, und zwar, wie die Zeitungen besagen, um Frankreich keinen Vorwand zur Gereiztheit gegen den Bund zu geben. Niemand wird dieses Motiv verwerfen können. Aber die Frage ist,

ob es stärker sein kann, als die entgegengesetzte Nothwendigkeit. Denn wenn auch Frankreich seit der Moniteurnote vom 15. März keinen öffentlichen Versuch wieder gemacht hat, intellectuelle Scheidungen zwischen den einzelnen Bundestheilen wieder herzustellen, so sind doch grade seit jenem Moment die echellonirten Aufstellungen gegen die obere Rheingrenze bedeutend verstärkt worden, und zwar mit Waffengattungen, von denen die fachwissenschaftlichen Organe nachweisen, daß sie auf eine Offensive hinweisen. In demselben Moment hat der Bund beschlossen, die Bundesfestungen auf den completeu artilleeristischen Friedensstand zu bringen. Dies ist eine Demonstration, mit welcher factisch dennoch keiner kriegerischen Eventualität begegnet wird; der deutsche Südwesten sieht darin bloß eine Inconsequenz im Princip, ohne daß die selbstständigen Vorbereitungsanstrengungen der Einzelstaaten dadurch selbst nur eine moralische Unterstützung gewinnen. Sollen nun dieselben auf die bloße Möglichkeit eines den Krieg vielleicht vertagenden Congresses ihre militärischen Vorbereitungen wieder einstellen, während die diplomatische Etikette verbietet, Frankreich selbst nur die Verminderung seiner militärischen Rüstungen während dieses fraglichen Congresses anzumuthen, nachdem dasselbe beiläufig, der „irrgeliteten öffentlichen Meinung“ gegenüber erklärt hat, seine Rüstungen seien keine Rüstungen, sondern bloß Completirungen? Sagen die südwestdeutschen Staaten ohne den Nachdruck eines Bundesbeschlusses ihre Maßregeln zur Kriegsbereitschaft fort, so handeln sie vollkommen im Sinn und nach dem Wunsch ihrer Bevölkerungen, obschon man sich durchaus nicht verhehlt, daß im Kriegsfall, der nun einmal als gewiß angenommen wird, Frankreich die vollste Schale seines Hornes über sie ausgießen würde. Gesezt aber, sie fühlten sich zu schwach, dem ersten Andrang Widerstand zu leisten, weil der verzögerte Beschluß des Bundes zur Kriegsbereitschaft den marschfertigen französischen Aufstellungen gegenüber sicherlich nicht rechtzeitig zur vollendeten That werden könnte, gesezt, sie ließen sich auf Transactionen ein, um der Selbsterhaltung zu genügen, so würde, wie sie damit factisch von Preußen geschieden würden, auch die Schuld eines solchen Ganges der Dinge vom gesammten Südwesten ausschließlich auf Preußen gewälzt werden. Deutschland stände wieder auf dem Punkte, wie nach der Auflösung des deutschen Reiches; darüber sollte man sich im Norden keine Illusionen machen. Andernfalls gesezt, daß die vereinigte Macht der südwestdeutschen Staaten den ersten Andrang aufhielte, daß preußische oder Bundeshilfe ihrem Ermatten zu Hilfe käme und zu Hilfe kommen könnte, so brauchen wir wahrlich nicht weit zurückzugehen, um der keineswegs unwirksamen Beschuldigung zu begegnen, daß der größte Bundesstaat es absichtlich habe dahin kommen lassen, um die Abhängigkeit der kleineren zu verstärken. Preußens moralisches Einflußgebiet könnte auf diese Weise nur eine Schmälerung erfahren.

Alle diese Gefahren würden natürlich nur drohender, wenn der Congreß gar nicht zu Stande käme. Welche Hindernisse aber in diesem Fall einer rechtzeitigen Defensivstellung, einer militärischen Vereithaltung des Bundes entgegenstehen könnten, dafür hat man im deutschen Südwesten kein Verstandniß. Darf Frankreich nicht um seine Rüstungen gefragt werden, so hat der Bund doch wol dasselbe Recht, auch seine Maßnahmen ohne fremde Einsprache zu treffen. Seine Stellung zur italienisch-österreichischen Frage wäre damit nicht berührt. Preußen aber gewönne sicherlich ebenfalls einen nicht zu verachtenden Nachdruck für seine vermittelnde Thätigkeit als europäische Macht, wenn es gestattete, daß der deutsche Bund in jedem Augenblick über seine materiellen Kräfte verfügen könnte. Namentlich aber wäre damit von vornherein die Gefahr beseitigt, daß das großmannsüchtige Sonderinteresse den Aufschwung des ehrlichen Patriotismus vom Hauptziel ablenken, auf falsche Wege leiten, für seine Zwecke ausbeuten könnte.\*)

### Die Polka.\*\*)

Zu Anfang der dreißiger Jahre tanzte ein junges Bauermädchen, das in Elbeteinitz bei einem Bürger in Dienst stand, eines Sonntagnachmittags zur eignen Erheiterung einen Tanz, den es sich selbst erdacht, und sang hierzu eine passende Melodie. Der dortige Lehrer, Namens Josef Neruda, der zufällig anwesend war, schrieb die Melodie nieder, und der neue Tanz wurde kurze Zeit darauf zum ersten Mal in Elbeteinitz getanzt. Um das Jahr 1835 fand er in der böhmischen Metropole Eingang und erhielt dort, wahrscheinlich wegen des in ihm waltenden Halbschrittes von dem böhmischen Worte pulka, d. i. die Hälfte, den Namen „Polka“. Vier Jahre später

\*) Anm. der Redact. Wir glaubten es dem deutschen Südwesten schuldig zu sein, einmal seinen Ansichten auch in diesen Blättern Raum zu geben; was die letztere Bemerkung betrifft, so ist sie schon in der vorigen Nummer erörtert worden. Könnte eine gemeinsame Rüstung des Bundes ohne Oestreich stattfinden, so wäre sie — und zum wahren Heile Oestreichs! — schon ins Werk gesetzt; auf Antrag des Bundespräsidiums unternommen, hieße sie so viel als unbedingte Parteinahme; und diese bis nach dem Scheitern des letzten Versuchs einer Verständigung zu verschieben, scheint uns ebenso im Interesse des Südwestens als Preußens zu liegen. — Da übrigens jeder Tag etwas Neues bringt, so bemerken wir, daß uns dieser Artikel heute, 14. April zugeht.

\*\*\*) Als Probe aus dem interessanten Büchlein: „Böhmische Nationaltänze.“ Culturstudie von Alfred Waldau. — Prag, Dominikus. —